



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Doris Rauscher, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Ruth Müller** und **Fraktion (SPD)**

### **Die Landesmittel für Digitale Bildung müssen neben den Bundesmitteln aus dem DigitalPakt Schule in voller Höhe fließen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sicherzustellen, dass neben den Bundesmitteln aus dem DigitalPakt Schule für Bayern von 778 Mio. Euro in den Jahren 2019 bis 2024 auch die im Haushaltsentwurf 2019/2020 ausgewiesenen Landesmittel für Digitale Bildung von 212,5 Mio. Euro in den Jahren 2018 bis 2020 in voller Höhe fließen.

Von besonderem Interesse sind dabei die folgenden Klarstellungen:

1. Die Ankündigung von Bezirksregierungen, dass es wegen des Digitalpakts des Bundes keine zweite und dritte Runde für die Jahre 2019 und 2020 aus den Förderprogrammen des Freistaats geben wird (obwohl die Laufzeit im aktuellen Haushaltsentwurf für 2018 bis 2020 ausgewiesen ist), muss zurückgenommen werden.
2. Es dürfen keine Maßnahmen oder Fördertatbestände aus dem landeseigenen Förderprogrammen gestrichen werden und die noch nicht ausgeschöpften/gebundenen Mittel müssen ihrer Zweckbestimmung in voller Höhe zugeführt werden.
3. Es muss sichergestellt werden, dass die Kommunen ihre Planungen und Maßnahmen auch im Jahr 2019 ohne Unterbrechung fortsetzen können. Das Handeln der Kommunen darf angesichts der von der Staatsregierung zu verantwortenden völlig unklaren Situation nicht als förderschädlich eingestuft werden.

### **Begründung:**

Das politische Ziel ist: Bayerische Mittel in voller Höhe plus Bundesmittel on Top! Die Landesmittel zu kürzen und durch Bundesmittel zu ersetzen, wäre skandalös.

Der Bundesrat hat der Grundgesetzänderung am 15.03.2019 zugestimmt, diese muss noch in Kraft treten, die Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern muss noch unterschrieben werden, die Bundesmittel stehen also in wenigen Wochen bereit.